

Atomenergie ist weltweit unbeherrschbar und unverantwortbar für Mensch und Natur

Prof. Dr. Edmund Lengfelder
Otto Hug Strahleninstitut – MHM, München

Festvortrag zur Verleihung des Bayerischen Naturschutzpreises 2011

Nach der Entdeckung der Kernspaltung 1938 in Deutschland gingen mehrere Atomwissenschaftler aus Europa mit ihrem Wissen in die USA. Auf ihr Drängen hat Albert Einstein den US-Präsidenten Roosevelt in einem Brief über die Möglichkeit unterrichtet, dass das neu entdeckte Phänomen der Kernspaltung zur Konstruktion von Bomben mit extremer Zerstörungskraft verwendet werden könnte. Die Politik und die Militärs der USA sahen ihre Chance der internationalen Machtdominanz. Unter strengster Geheimhaltung und unbegrenzter staatlicher Finanzierung entstanden ab 1942 im Manhattan-Projekt drei Großforschungszentren und darin das technische Arsenal für Uranaufbereitung, Reaktoren, Plutoniumgewinnung und Bombenbau. Am 16. Juli 1945 zündeten die USA in der Wüste von Los Alamos die erste Atombombe.

Nach der Niederlage Deutschlands war Japan Ende Juli 1945 nicht zur bedingungslosen Kapitulation bereit. Entgegen den Empfehlungen von Militärberatern entschied US Präsident Truman, die neue Waffe in Japan nicht über dünn besiedeltem Gebiet, sondern über Industriestädten und ohne Vorwarnung einzusetzen. Am 6. August 1945 fiel eine Uranbombe auf Hiroshima und am 9. August eine Plutoniumbombe auf Nagasaki. Bekanntlich waren die Auswirkungen auf die Bevölkerung verheerend. Sie werden seit Jahrzehnten in zahlreichen, z. T. sehr kontrovers beurteilten Forschungsprojekten analysiert.

Atombomben sind die „Mutter“, der Ausgangspunkt der Atomenergie und ihrer Nutzung weltweit. Angesichts des in Japan unter Beweis gestellten Machtinstruments Atombombe haben nach dem Zweiten Weltkrieg die damaligen Sieger- und Weltmächte rasch eine eigene Atomwirtschaft aufgebaut, um über eigene Atomwaffen zu verfügen. Die erste eigene Atombombe zündete Russland 1949, Großbritannien 1952, Frankreich 1960, China 1964. Zu den faktischen Atommächten, die außerdem dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind, zählen heute Israel, Pakistan, Indien und Nordkorea. Spekulativ gehören noch weitere Staaten dazu.

Die Nutzung der Kernspaltung zum Zweck der zivilen Energieversorgung erfolgte bei den Atommächten erst im Nachgang zum militärischen Einsatzzweck. Durch gezielte strategische Werbung und opulente Versprechungen vom billigen Strom im Überfluss gewannen die Regierungen bei einem Großteil ihrer Bevölkerung Akzeptanz und

Befürwortung der Atomenergie. Bereits 1956 erklärten über 80 Staaten der Erde ihr Interesse an der Nutzung der Atomkraft.

Im Jahre 1957 nahm die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) als UN-Organisation ihre Arbeit auf. Die wesentlichen Aufgaben und Ziele der IAEA sind in ihrer Satzung ausgewiesen. Dort heißt es: *"Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) begann ihre Arbeit am 29. Juli 1957 als eine autonome Organisation zwischen den Regierungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Es ist ihre wichtigste Funktion, den Beitrag der Atomenergie für Frieden, Gesundheit und Wohlstand weltweit zu beschleunigen und auszuweiten....Die IAEA berät und unterstützt in technischer Hinsicht die Mitgliedstaaten - 112 im Jahre 1984 - bei der Entwicklung der Kernkraft....sie fördert die Anwendung von Strahlung und von Isotopen in der Landwirtschaft, Industrie, Medizin, Biologie und Hydrologie..."* Damit ist die Lobbyfunktion der IAEA für die Nutzung der Atomenergie unter dem Schirm der Vereinten Nationen klar erwiesen.

Die Bewertung der Atomenergie muss natürlich die Umstände und Folgen der Uranergewinnung, des Normalbetriebs von Atomkraftwerken und anderen Atomanlagen, Störungen und Unfälle und die Problematik der Entsorgung der Abfälle einschließen. Und zu den von der Atomenergie betroffenen Menschen zählen nicht nur die Mitarbeiter in den jeweiligen Betrieben, sondern insbesondere auch die im Nah- und Fernbereich lebenden Menschen. Ihnen wurden die atomaren Anlagen in ihrem bestehenden Lebensraum durch die staatlichen Machtorgane nachträglich gleichsam aufs Auge gedrückt. Oft fehlte bei der Standortwahl eine nachvollziehbare und ausgewogene Abwägung gegenseitiger schutzwürdiger Interessen.

Anders als bei vielen anderen industriellen Anlagen mit potenziell schädlichen Emissionen sind insbesondere gesundheitsschädliche Stoffe und Auswirkungen bei der Nutzung der Atomenergie durch unsere Sinne nicht erfassbar. Zusätzlich ist durch den erheblichen zeitlichen Abstand zwischen Schadenseinwirkung und Schadenseintritt der kausale Nachweis schwierig. Und schließlich berührt die Frage der Akzeptanz durch die Bürger und ihre nicht leicht nachzuweisende Gesundheitsschädigung die wirtschaftlichen und politischen Interessen mächtiger Kreise und Institutionen. Diese können sich wegen ihrer überlegenen Finanzkraft wiederum eines Heers von Wissenschaftlern bedienen, die sie für ihre Interessen einsetzen. Der Betriebsarzt des AKW Neckarwestheim hat dies im Sommer 1993 auf einer öffentlichen Veranstaltung zur Frage der kontroversen Aussagen von Wissenschaftlern in der Beurteilung der Atomkraft auf den Punkt gebracht und erklärt: *„Ich kriege immer den Wissenschaftler mit den ´richtigen´ Ergebnissen, wenn ich genug dafür bezahle.“*

Wissenschaft ist dazu da, Ursache-Wirkungsbeziehungen, Beobachtungen, Phänomene, Prinzipien z. B. in Natur und Umwelt, in der Technik und bei Mensch und Tier zu analysieren und aufzuklären. Wissenschaftliche Ergebnisse können dann als glaubhaft und akzeptiert gelten, wenn sie unvoreingenommen und unter Verwendung

von geeigneten Methoden gewonnen wurden, insbesondere wenn sie auch wiederholbar und für einen durchschnittlich begabten Fachmann nachvollziehbar sind. Wissenschaftliche Korrektheit und Zuverlässigkeit ist um so mehr gefordert, je weiter die dadurch bedingten politischen und wirtschaftlichen Folgerungen und Eingriffe in das Leben der Menschen reichen und je mehr Menschen davon betroffen sind. In diesem Zusammenhang hat Prof. Hubert Markl, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, einer Forschungsorganisation mit höchstem Ansehen, zur wachsenden Zahl von Betrugsfällen gesagt: *"Es ist nicht zu bestreiten, dass es auch in der Wissenschaft - häufiger als uns Wissenschaftlern lieb ist - Lug und Trug gibt, nicht nur fahrlässige Schlamperei, sondern wirklich absichtsvollen Betrug."*

Seit Jahrzehnten wird eine erhöhte Zahl von Krebs- und Leukämiefällen bei Kindern im Umfeld von Atomanlagen in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und anderswo festgestellt. Deutsche Politiker bezeichnen die deutschen Atomkraftwerke als die sichersten und saubersten weltweit. Auf Verlangen betroffener Eltern und von Umweltorganisationen hat die Politik in Deutschland seit den 80er Jahren Studien zum Kinderkrebs im Umfeld deutscher Atomkraftwerke durchführen lassen: Es fanden sich keine signifikanten Ergebnisse.

Durch das beharrliche Fordern von gesellschaftlichen Kreisen, von zahlreichen Ärzten und einer großen Zahl von Anwohnern um deutsche Atomkraftwerke hat das deutsche Umweltministerium 2004 einen erneuten Auftrag an das Mainzer Kinderkrebsregister erteilt: Es sollte eine besonders genau angelegte Untersuchung von Kinderkrebs bei Kindern unter 5 Jahren in der Umgebung deutscher Kernkraftwerke durchführen. In diese aktuelle KiKK-Studie wurden eine bis auf 20 m genaue Abstandsermittlung der Wohnung der Kinder zum nächsten Kernkraftwerk sowie alle denkbaren Einflussgrößen (z. B. Röntgen, Tierkontakt, Haushaltschemikalien) auf die Krebsentstehung einbezogen. An jedem Kraftwerksstandort wurden 3 Landkreise untersucht. Eine 12-köpfige externe Expertengruppe war zusätzlich mit den Details der Studienplanung befasst.

Im Dezember 2007 wurde das Ergebnis des Mainzer Kinderkrebsregisters von seiner neuen Leiterin Frau Prof. Blettner öffentlich bekannt gegeben: *„Unsere Studie hat bestätigt, dass in Deutschland ein Zusammenhang zwischen der Nähe der Wohnung zum nächstgelegenen Kernkraftwerk ... und dem Risiko, vor dem 5. Geburtstag an Krebs bzw. Leukämie zu erkranken, beobachtet wird. .. Die Exposition gegenüber ionisierender Strahlung wurde weder gemessen noch modelliert. Deshalb....kann... die von deutschen Kernkraftwerken im Normalbetrieb emittierte ionisierende Strahlung grundsätzlich nicht als Ursache interpretiert werden.“*

Die Behauptung der Autoren in der KiKK-Studie, die Strahlenexposition der Kinder sei nicht modelliert worden, hat sich inzwischen als falsch herausgestellt. Denn im Jahre 2006 publizierten sie einen Bericht zur Methodik der KiKK-Studie. Darin erklärten sie im Detail, dass wegen Fehlens individueller Daten zur Strahlenbelastung der Kinder

als Ersatz der individuelle Abstand der Wohnung zum AKW bestimmt wird und mit Hilfe des Abstandsgesetzes eine näherungsweise Dosis-Wirkungs-Beziehung abgeschätzt werden kann. Nachdem sich nun aber „unerwartete“ Ergebnisse herausgestellt hatten, behaupteten die Autoren jetzt in der KiKK-Studie, Strahlung käme als Ursache für die Krebs- und Leukämie-Fälle der Kinder nicht in Frage: Sie unterdrückten einfach das vorher festgelegte, methodisch richtige Prinzip: *Abstand vom AKW als Ersatzgröße für die Strahlenexposition*. Dieses Vorgehen erfüllt damit den Tatbestand von Fälschung bzw. Betrug in der Wissenschaft. Gab es korrigierende Reaktionen oder verantwortliches Handeln in der Politik? Fehlanzeige!

Die jahrzehntelangen Versicherungen der Atomtechniker und der Politiker, im Betrieb eines Atomkraftwerks sei alles unter vollständiger Kontrolle, es gebe keine unbekanntes Vorgänge, sind Wunschenken, Märchen und Irreführung. Dazu zwei Beispiele.

Am 14. Dezember 2001 explodierte im deutschen Atomkraftwerk Brunsbüttel ein Rohr nahe am Reaktordruckbehälter. Durch die ständige Bestrahlung hatte sich explosives Wasserstoffgas gebildet, das dann in einer Knallgasreaktion das Rohr auf 3 m Länge zerfetzte. Der als Radiolyse bezeichnete Vorgang ist in der Strahlenchemie seit Jahrzehnten bekannt. Die Betreiber und die Aufsichtsbehörden des AKW Brunsbüttel hatten davon aber offensichtlich noch nichts gehört. Besonders ernüchternd ist die inzwischen aufgedeckte Tatsache, dass sich bereits in früheren Jahren in drei deutschen Atomkraftwerken Wasserstoffexplosionen ereignet hatten.

Zweites Beispiel: Zweifelsohne ist Schweden ein Technologieland mit höchsten Sicherheitsstandards. Trotzdem kam es im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark am 25. Juli 2006 durch ein Werkzeug, das bei Wartungsarbeiten in der Elektroanlage vergessen worden war, zu einem Kurzschluss. Die Folge war das Versagen der kraftwerksinternen Stromversorgung und der gefürchtete „Notstromfall“. Durch den Stromausfall stiegen die Temperaturen, und keiner der 4 Notstromdiesel des Atomkraftwerks sprang an. Dadurch kam es zum Ausfall der Steuerung. Kurz vor der Katastrophe sprangen dann 2 Diesel an, und niemand weiß bis heute, warum. Ein 10 Jahre versteckter Konstruktionsfehler. Der Konstruktionsleiter Höglund des schwedischen Vattenfall-Energiekonzerns räumte freimütig ein: *„Es war reiner Zufall, dass es zu keiner Kernschmelze kam.“* Experten sprachen vom schwersten Vorfall seit Harrisburg und Tschernobyl, vier Atomkraftwerke in Schweden wurden deshalb abgeschaltet.

Tausende von meldepflichtigen Ereignissen allein in deutschen Atomkraftwerken kennzeichnen den Normalbetrieb in dieser Technologie. Von großer Bedeutung für die Beurteilung der AKW ist die Tatsache, dass die Betreiber für ihre Kraftwerke keine angemessene Haftpflichtversicherung abschließen müssen. Die Politik hat den Betreibern erlaubt, ihre Anlagen nur für eine Schadensdeckung von 0,1% der möglichen Schadenshöhe zu versichern. Ferner sollte jeder deutsche Bürger wissen, dass die

Versicherungsgesellschaften in ihren Versicherungsbedingungen Schäden durch Kernenergie von jeder Leistung ausgeschlossen haben.

Im Auftrag der Kohl-Regierung hat das Schweizer Prognos-Institut im Jahr 1992, also 6 Jahre nach Tschernobyl, ein Gutachten zur Ermittlung der bei einem SuperGAU in Deutschland entstehenden Schäden erstellt. Die Gutachter kommen auf die ungeheuerere Schadenshöhe von 10,7 Billionen DM, das sind über 5000 Milliarden Euro. Auf Veranlassung der Kohl-Regierung blieb das Gutachten sehr lange Jahre unter Verschluss. Die Fakten, Berechnungen und Argumente des Gutachtens haben auch 2011 weiterhin ihre Gültigkeit. Sie belegen, dass die Atomenergie mit Abstand die gefährlichste und teuerste aller Energietechnologien ist. Würde die Untersuchung heute wiederholt, würde das Ergebnis sicher noch drastischer ausfallen.

Weltweit liegen die wesentlichen Abbaustätten für Uranerz in Kanada, Australien, Kasachstan, Niger, Namibia, Usbekistan, Russland und USA. Der größte Teil der Uranerze liegt auf indigenem Land. Alle Formen des Abbaus, sei es im Tagebau oder aus unterirdischen Gruben, führen zu hoher Strahlen- und Staubbelastung des Minenpersonals, meist Eingeborenen. Bei einer anderen Form der Gewinnung wird Schwefelsäure in den Untergrund gepumpt und an Austrittsstellen mit dem darin gelösten Uran aufgefangen. Zum Uranabbau werden auch gewaltige Mengen Wasser benötigt. Die Rückstände der Urangewinnung werden in sogenannte Absetzbecken gepumpt, das mit Schwermetallen und Radionukliden belastete Wasser findet seinen Weg in die umliegenden Flussläufe.

Der französische Energiekonzern Areva fördert seit Jahrzehnten Uran in Niger. In den Gruben wird bis unter den Grundwasserspiegel gegraben. Die radioaktive Belastung in den Minenstädten betrifft die Luft, den Boden, das Wasser. Aber die lokalen Behörden scheint das Wohlergehen von Areva mehr zu interessieren als das ihrer eigenen Bevölkerung.

In Thüringen und Sachsen hatte die Sowjetunion Uran über Jahrzehnte durch die DDR in der Firma Wismut abbauen lassen, in der bis zu 180 000 Menschen beschäftigt waren. Zerstörte Landschaften, riesige Mengen giftiger und radioaktiver Abraum und tausende Arbeiter, die infolge des Uranabbaus an Krebs erkrankt und gestorben sind, sind die traurige Hinterlassenschaft. Urangewinnung bedeutet die systematische Zerstörung der Umwelt und der Gesundheit ungezählter Menschen.

Seit Anbeginn ist die Nutzung der Atomenergie von schweren und katastrophalen Unfällen gekennzeichnet. Davon sind Staaten im Osten und im Westen gleichermaßen betroffen. In den 50er Jahren gab es in den USA und in Kanada bereits schwere Unfälle mit partieller Kernschmelze. 1957 kam es in der sowjetischen Wiederaufarbeitungsanlage Kyshtym in Sibirien durch eine Explosion zu massiven Freisetzungen in die Luft und in den Tetscha-Fluss. Da die Freisetzung regional blieb, konnte die Sowjetregierung den Vorfall über 30 Jahre lang geheim halten. Auch im britischen Sellafield ereignete sich 1957 ein schwerer Unfall an einem Reaktor mit massiven

Freisetzungen von Jodnukliden und Edelgasen in die Umwelt. Auf eine Fläche von 500 km² hat man den Verzehr von Milch verboten. Der Abbau des betroffenen Reaktors ist bis heute nicht abgeschlossen, obwohl seit Jahren daran gearbeitet wird. Auch im amerikanischen AKW Three Mile Island führten 1979 Bedienungsfehler zu einem schweren Unfall. Bei etwa 50% des Reaktorinventars kam es zur Kernschmelze mit massiven Freisetzungen. Es war der bisher schwerste Vorfall in einem kommerziellen Reaktor der USA.

Mit großem Nachdruck verfolgte die deutsche Atomwirtschaft und die Bayerische Staatsregierung in den 1980er Jahren das Projekt der Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage WAA im oberpfälzischen Wackersdorf. Der frühere Bayerische Ministerpräsident Strauss wurde in seinem Einsatz für die Atomwirtschaft nicht müde, Kritiker der geplanten Anlage als Chaoten mit starken Polizeikräften zu verfolgen und die WAA als so ungefährlich wie eine Fahrradspeichenfabrik zu verniedlichen. Dieses Vorgehen fachte den bürgerlichen Widerstand, insbesondere auch in konservativen Kreisen, weiter an. Schließlich wurde das Projekt WAA von Seiten der Atomwirtschaft selbst wegen Unwirtschaftlichkeit aufgegeben.

Völlig ungelöst ist weltweit die Frage der Entsorgung der abgebrannten Brennelemente, also der Endlagerung. Die Formationen Salz, Ton oder Granit sind in der Diskussion. Es ist einfach vermessen, wenn Vertreter eines Staates oder der Atomindustrie behaupten, sie könnten etwas organisieren, was 100 000 oder gar eine Million Jahre Bestand hat. Der sichere Einschluss der Fässer mit radioaktivem Abfall im Salzstock der Asse stellte sich bekanntlich nach wenigen Jahren als dilettantische Fehleinschätzung einer sogenannten Fachorganisation heraus. Die bundeseigene Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, heute Helmholtz-Zentrum und eines der drei Großforschungszentren, die die Bundesrepublik Deutschland zur Entwicklung und Nutzung der Atomenergie gegründet hatte, war Betreiberin der Asse. Sie hat das unsachgemäße Abkippen von Abfallfässern in der Grube und die Falschdeklaration von Fässern zu verantworten. Angesicht massiver Wassereinträge bereits nach wenigen Jahren erwägt das inzwischen zuständige Bundesamt für Strahlenschutz die Rückholung aller Fässer aus der Asse – selbstverständlich mit Steuergeldern.

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986 kann in mehrfacher Weise als einzigartig angesehen werden. Es war bis dahin die größte technologische Katastrophe in der bisherigen Menschheitsgeschichte. Sie kontaminierte eine riesige Landfläche radioaktiv und setzt die dort lebenden Millionen von Menschen langfristig einer Strahlenbelastung aus. Diese Art der Gesundheitsgefährdung können wir mit unseren Sinnen oder mit unserer sogenannten praktischen Lebenserfahrung weder wahrnehmen noch begreifen. Die Katastrophe ging von einer Hochtechnologie aus, in der angeblich weltweit die Produkte der allerbesten Ingenieure, Präzision, Sorgfalt, beste Materialien und unerbittliche Kontrollen vorherrschen, wie in der Raumfahrt oder im Flugverkehr. Aber eine Unfallursache waren Fehleinschätzungen und Fehlverhalten bei der Bedienung des Reaktors, also menschliches Versagen. Zusätzlich wurden

inzwischen seismographische Daten offengelegt, die auf die Beteiligung eines Erdbebens am Unfallablauf hindeuten.

Die Freisetzungsdauer betrug 10 Tage, in denen der Wind mehrfach seine Richtung änderte. Wegen der damaligen Wetterverhältnisse sind 70% der radioaktiven Ablagerungen in Belarus niedergegangen, 15% in der Ukraine und 15% in Russland. Durch lokale Regenfälle kam es zu einer sehr inhomogenen Verteilung der Radionuklide in den betroffenen Gebieten in der Sowjetunion und in Europa. Sogar in 400 km Entfernung zum Tschernobyl-Reaktor mussten im Gebiet Woloschin nordwestlich von Minsk Teile der Bevölkerung evakuiert werden, während weite Gebiete dazwischen in geringerem Maße kontaminiert wurden als einige Gebiete in Bayern.

Nicht einzigartig an Tschernobyl ist allerdings die Art und Weise, mit der Regierungen weltweit ihre Bevölkerung über das Ausmaß der Belastung im eigenen Land informierten und - die eigene Interessenslage fest im Auge - über mögliche Gefahren aufklärte oder eben nicht aufklärte. Politiker und die Atomindustrie hatten uns bis dahin versichert, alles sei absolut sicher, alles sei - auch im unwahrscheinlichsten Falle eines Unfalles - vorbereitet, an alles habe man gedacht.

Tschernobyl und die Wochen, Monate und Jahre danach haben uns eines Besseren belehrt. In Deutschland zeigte sich eine Vielzahl gravierender Mängel und Fehleinschätzungen, es gab einen widersprüchlichen Informations-Wirrwarr, dazu die anhaltenden Beteuerungen der Bundesregierung zur absoluten Gefährlosigkeit der Situation selbst für Kleinkinder. Später musste man eingestehen, dass man im Süden Deutschlands in den ersten Tagen zum Zweck der Verminderung von Strahlendosis doch zweckmäßige Empfehlungen, z. B. zum Verbleiben in den Häusern, hätte geben sollen.

Dazu kam auch der Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern, der noch 1986 binnen weniger Monate zur Schaffung eines völlig neuen Gesetzes geführt hat: Im Strahlenschutzvorsorgegesetz wurden nun die Zuständigkeiten von Bund und Ländern auch für den nächsten atomaren Unfall festgelegt, darunter die Frage, von wem und auf welche Weise die Bevölkerung dann einheitlich informiert werden wird. Frankreich hat über lange Zeit seine Bevölkerung weder sachgerecht informiert noch zu Maßnahmen angehalten, so als wären die radioaktiven Wolken aus dem Osten durch eine unsichtbare Wand entlang des Rheins daran gehindert worden, auch nach Frankreich vorzudringen.

Bereits wenige Stunden nach der Explosion am 26. April 1986 hatten Aufklärungssatelliten der USA die wichtigsten Parameter, die den Unfall als Super-GAU klassifizierten, festgestellt. Eine Information der USA an die Verbündeten in Europa erfolgte allerdings nicht. Die kam aus Schweden, wo man rasch festgestellt hatte, dass die gemessene Radioaktivität im Freien viel höher war als in den eigenen, zunächst verdächtigsten Nuklearanlagen.

Die Resultate und Bewertungen wissenschaftlicher Untersuchungen sind besonders dann kritisch zu hinterfragen, wenn materielle, politische oder ideologische Interessen der Auftraggeber betroffen sind. Die Akzeptanz der Kerntechnik in der Bevölkerung wird maßgeblich davon bestimmt werden, welche Folgen die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl - gleichsam als Musterbeispiel eines Reaktorunfalls mit massiven Freisetzungen - tatsächlich hat und wie viel die Bevölkerung darüber erfährt.

Um ein möglichst objektives Bild der Lage zu erhalten, sollten Wissenschaftler und andere Fachkundige, welche die nach dem Reaktorunfall entstandenen und noch zu erwartenden Probleme erfassen und zu ihrer Lösung beitragen sollen, aus einer möglichst unabhängigen und wertneutralen Position heraus tätig sein. Oft sind sie aber in politische, wirtschaftliche oder forschungspolitische Interessensfelder ihrer Auftraggeber eingebunden oder sie sind, manchmal ohne es selbst zu bemerken, Werkzeug längst definierter Zielvorgaben oder Objekt ihres eigenen vorseilenden Gehorsams.

Es ist offensichtlich eine tief verwurzelte Gepflogenheit in der Politik weltweit, in Problemsituationen oder Gefährdungslagen die eigene Bevölkerung nicht oder unvollständig zu informieren und mit Halbwahrheiten oder gar mit Lügen zu täuschen. Dieses Verhalten ist unabhängig von der Staatsform, man findet es in autoritären Systemen ebenso wie in klassischen Demokratien. So hatte der englische Premier Winston Churchill für sein politisches Wirken den Grundsatz: *„Haltet die Bevölkerung im Unklaren!“* Noch deutlicher formulierte es Paul Wolfowitz, ehemals stellvertretender Verteidigungsminister der USA und Präsident der Weltbank: *„Die Öffentlichkeit zu betrügen ist nicht nur akzeptabel, sondern notwendig.“*

In den ersten Monaten und Jahren nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl hat die Moskauer Zentralregierung eine Reihe von Anordnungen zur Geheimhaltung von Daten zur Strahlenbelastung und zu den Gesundheitsfolgen bei den etwa 600 000 bis 800 000 Liquidatoren erlassen, die an der Beseitigung der Folgen des Reaktorunfalls teilgenommen haben.

Auf Wunsch der Sowjets untersuchten unter der Leitung der IAEA ab Herbst 1989 mehrere internationale Organisationen die aufgetretenen medizinischen und radioökologischen Folgen von Tschernobyl. An diesem Projekt beteiligten sich neben der Sowjetunion die Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EC), das Wissenschaftliche Komitee der Vereinten Nationen für die Effekte der atomaren Strahlung (UNSCEAR), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), andere internationale Organisationen und die Regierungen von 25 Staaten des Westens.

Folgende allgemeine Schlussfolgerung wurden der Weltgemeinschaft 1991 durch die IAEA verkündet:

„Es gab . . . keine Gesundheitsstörungen, die direkt einer Strahlenbelastung zugeordnet werden konnten.“ Dagegen erhoben Mitglieder der Nationalen Strahlenschutzkommissionen von Belarus und der Ukraine heftigen Protest, da in

ihren Staaten bereits ein bis zu 30-facher Anstieg der Schilddrüsenkarzinome bei Kindern aufgetreten war. Obwohl der Vertreter der USA im UN-Komitee UNSCEAR, Prof. Mettler, die histologischen Präparate der operierten Kinder bereits ausgewertet und die Diagnosen bestätigt hatte, erklärte er jedoch im IAEA-Bericht, es gebe nichts.

Eine Informationsschrift des bundeseigenen Kernforschungszentrums Karlsruhe berichtete über das Ergebnis des Internationalen Tschernobyl-Projekts: *„Der Wert der Studie liegt vor allem darin, dass eine Vielzahl von Befürchtungen und Behauptungen über ein gehäuftes Auftreten gesundheitlich negativer Effekte im Nahfeld von Tschernobyl erstmals durch unabhängig erhobene Fakten widerlegt werden konnten.“* Auch dies ist ein Beispiel, wie ein Forschungszentrum, das ebenfalls direkt einer pronuklear eingestellten deutschen Regierung unterstand, zur Beschönigung der Tschernobyl-Folgen durch Verbreitung falscher Daten beigetragen hat.

Die USA haben ein besonderes Interesse, dass die Folgen von Tschernobyl, insbesondere durch radioaktives Jod, im Unklaren bleiben. Bei einem illegalen militärischen Experiment wurde in den USA in den 50er Jahren aus einer Nuklearanlage absichtlich eine Wolke mit radioaktivem Jod freigesetzt, um zu testen, wie man die Spur einer Abluffahne verfolgen kann. Ein großer Teil der USA wurde dadurch radioaktiv belastet, mit der Folge des Auftretens einer großen Zahl von Schilddrüsenkrebsfällen. Durch Sammelklagen gibt es bei den Gerichten inzwischen Schadensersatzforderungen von zig Milliarden Dollar, die die USA aber nicht bezahlen wollen. Wissenschaftler im Dienste der USA behaupten wahrheitswidrig, dass nach Tschernobyl ein vermehrtes Auftreten von Schilddrüsenkrebs bei Erwachsenen durch Radiojod noch nicht erwiesen sei. Im UN-Bericht von UNSCEAR vom April 2011 zu den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe wird der Zusammenhang ebenfalls bezweifelt. Nicht zufällig ist jener Prof. Mettler, der bereits 1991 im IAEA Bericht zum Tschernobyl-Projekt die Unwahrheit gesagt hatte, Vertreter der USA im UN-Komitee UNSCEAR.

Die Ereignisse in Fukushima im März 2011 machen deutlich, wie hilflos auch eine reiche, technologisch führende Nation wie Japan nach einem SuperGAU ist. Selbst nach vielen Monaten konnte Japan bisher die Kernschmelze in den Reaktoren nicht unter Kontrolle bringen. Die Unterrichtung der japanischen Bevölkerung und das Handeln der Regierung und des Betreibers TEPCO sind gekennzeichnet von Täuschung, Unwahrheit, Kompetenzmangel und unzureichende Fürsorge für die Gesundheit der Betroffenen. Allein die fehlende Bereitschaft der Regierung, unverzüglich eine angemessen große Sperrzone auszuweisen und durch eine rasche Strahlenkartierung der betroffenen Landflächen die richtigen Evakuierungsmaßnahmen zu ermöglichen, zeigen eine menschenverachtende Haltung und die Inkompetenz der Entscheidungsträger. Verglichen mit Fukushima haben die Sowjets vor 25 Jahren in Tschernobyl wesentlich kompetenter, rascher und effektiver den Schutz und die Hilfsmaßnahmen für ihre Bevölkerung organisiert und durchgeführt.

Meine Damen und Herren, dieser Überblick mit seinen Beispielen ist der für jedermann nachvollziehbare Beweis, dass Atomenergie weltweit unbeherrschbar ist. Verantwortung ist die ethische Entscheidung und Bereitschaft eines Menschen, für sein Wollen und Handeln und die Folgen einzustehen. Politik, Wirtschaft und andere Kreise, die Atomenergie wollen und ihren Nutzen daraus ziehen, sind weder willens, noch in der Lage, für die Folgen ihres Tun einzustehen. Deshalb ist Atomenergie auch nicht verantwortbar.

Um Bedrohungen wie durch die Atomenergie zügig zu eliminieren, ist es da nicht dringend notwendig, die Mechanismen und Strategien der Mächtigen zu studieren und zu begreifen, wie die Menschen, das Wahlvolk und die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gelenkt, dirigiert und manchmal auch verführt werden? Edward Bernays hatte schon vor 80 Jahren erkannt: *„Wenn wir den Mechanismus und die Motive des Gruppendenkens verstehen, wird es möglich sein, die Massen, ohne deren Wissen, nach unserem Willen zu kontrollieren und zu steuern.“* Wer Bernays Bücher über die Psychologie der Propaganda gelesen hat, kann nachvollziehen, warum Göbbels, Stalin, Mao und viele andere Staatslenker in Ost und West sich diese Kenntnisse aneigneten, die heute in der Werbe- und PR-Branche zum Rüstzeug erfolgreicher Firmen gehören.

Es ist aber nicht nur die Atomenergie, die das einvernehmliche Zusammenleben von Gesellschaften und Völkern stören und elementar bedrohen kann. Jedermann kann nur dann für sich und die ihm anvertrauten Schutzbefohlenen richtige Entscheidungen fällen, wenn er auf der Grundlage wahrer Tatsachen und Erkenntnisse entscheidet. Dieser Kultur der Wahrheit sind wohl Politiker, Wissenschaftler und alle anderen Berufsgruppen mit sozialer Verantwortung gleichermaßen verpflichtet. Dies gilt auch für den Klimawandel, 9-11, die Gentechnik und den Raubbau an der Natur, nicht nur für die Atomenergie.